

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 77 (1999)
Heft: 4

Artikel: Das Gesicht des Fremden im Spiegel
Autor: Kamber, Esther / Schranz, Mario
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341514>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Gesicht des Fremden im Spiegel

Asylsuchende stehen seit gut 15 Jahren im Mittelpunkt schweizerischer Politik. Als «Asylanten» und «Flüchtlinge» wahrgenommen, wecken sie nicht nur Antipathien und Verständnis, sondern polarisieren die öffentliche Kommunikation der Schweiz entlang des Gegensatzpaars Öffnung – Alleingang auf der Basis unterschiedlicher schweizerischer Identitätskonzepte. Wenn in einer Gesellschaft Fremde zum Problem werden, dann ist dies in erster Linie auf die Befindlichkeit und die Wahrnehmungskategorien der eigenen Gesellschaft zurückzuführen.

Esther Kamber/Mario Schranz

Die wiederkehrende Problematisierung von Fremden verweist auf das umfassendere Problem moderner Wachstumsgesellschaften, trotz raschem ökonomischen und sozialem Wandel Stabilität zu bewahren und Identität zu verleihen. Gesellschaften sehen sich immer wieder dem Umstand ausgesetzt, nebst Modernisierungsgewinnern auch -verlierer zu produzieren. Während die Gewinner die Erwartungen auf soziale und ökonomische Verbesserungen eingelöst sehen, fühlen sich die Verlierer um ihre Pfründe betrogen und bleiben grundsätzlich offen für politische Ideen und Parteien, die ihnen jenseits eines bedrohlichen und identitätszerstörenden Fortschrittsdenkens das Gefühl einer überschaubaren und geordneten Heimat vermitteln. Krisenphasen bilden deshalb den Nährboden für fremdenfeindliche Gesinnung und die Erfolgsbasis politischer Gruppierungen, die

mit dem Fremden Politik betreiben. Das Fremde wird dabei zuerst zum Erklärungsfaktor politischer Probleme und schliesslich zum Problem selbst. In diesem Prozess kommt es zu einer «Ethnisierung der politischen Kommunikation», indem von einer grundsätzlichen Wesensungleichheit des Eigenen und des Fremden ausgegangen wird. Über die Analyse öffentlicher Kommunikation lassen sich diese Differenzsetzungs- und Ausgrenzungsprozesse untersuchen. Denn die massenmediale Öffentlichkeit bildet den Spiegel, in dem soziale Probleme benannt, Problemlösungen propagiert und relevante von unwichtigen Themen geschieden werden. Seit den 60er Jahren können wir zwei historische Phasen beschreiben, in denen die Anwesenheit von Fremden zum zentralen Problem öffentlich-politischer Auseinandersetzungen wurde. In den 60er und 70er Jahren betraf dies die Gastarbeiter. Seit Mitte der 80er Jahre bis in die heutige Gegenwart sieht sich die Schweiz mit einer Diskussion konfrontiert, die Asylsuchende als Problem beschreibt. So stark sich diese beiden Diskussionen in ihrem funktionalen Bezug auf die Prozesse kollektiver Identitäten gleichen, so stark variieren sie in ihren Inhalten.

Überfremdungsgefahr durch die italienischen Gastarbeiter in den 60er und 70er Jahren

Ausgangspunkt für die Problematisierung des Ausländer in der Öffentlichkeit der 60er Jahre bilden die italienischen Gastar-

beiter im Rahmen des Diskurses über die Konjunkturüberhitzung. Dieser ursprünglich Ende der 50er Jahre von den Gewerkschaften lancierte Diskurs wurde von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz aufgenommen und schliesslich von rechtskonservativen Protestparteien dominiert. Semantisch ist die Diskussion geprägt von den Begriffen der «Gastarbeiterproblematik» und der «Überfremdung durch ausländische Arbeitskräfte», und im Zentrum steht der in seiner Lebensweise grundsätzlich «andere Italiener». Die virulente öffentliche Thematisierung des Fremden ab 1963 mündet 1965 in die staatspolitische Regelung des Fremdarbeiterabkommens zwischen Italien und der Schweiz. In diesen Überfremdungsdiskursen wird die schweizerische Identität in verschiedenen Bereichen als massiv bedroht verstanden: Die Rede ist von der «Überfremdung des Schweizer Bodens» und vom «Problem der geistigen Überfremdung». Dennoch wird die Eingliederung der Fremden nicht ausgeschlossen. Doch die Frage ist, in welcher Zahl dies geschehen kann, ohne des Eigenen verlustig zu gehen: «Assimilierbarkeit der Fremdarbeitermassen» erscheint nur mittels einer «Plafonierung des Fremdarbeiterstroms» möglich. Diese grundsätzlich offene Integrationsvorstellung zeugt vom typisch schweizerischen, d.h. nicht biologistischen, sondern kulturalistisch-volkstumsideologischen Konstrukt kollektiver Identität. Während der Bundesrat Ende der 60er Jahre eine Stabilisierungspolitik beim Fremdarbeiterzug in die Wege leitet, bemächtigen sich neue nationalkonservative Gruppen des Themas. Die «Nationale Aktion» und die «Republikaner» lancieren fünf Überfremdungsinitiativen, die eine massive Beschränkung des Ausländeranteils fordern und die zwischen 1970 und 1977 zur Abstimmung kommen. Die Abstimmung von 1970 über die nach ihrem Urheber benannte «Schwarzenbach-Initiative» ist begleitet von einer hochvirulenten öffentli-

chen Auseinandersetzung über die Ausländerpolitik. Der Souverän lehnt bei einer ausserordentlich hohen Stimmabstimmung von 74% die Initiative eher knapp ab. Auch die dritte Überfremdungsinitiative wird 1974 stark diskutiert. Allerdings zeigt der Medientenor, dass die Forderungen von rechts auf breite Ablehnung stoßen. In der Abstimmung mit 70% Beteiligung wird die Initiative mit einem 65%igen Nein-Stimmen-Anteil klar verworfen. Wenig öffentliche Resonanz erzeugen die vierte und fünfte Initiative von 1977, die beim Stimmvolk keine Chancen mehr haben.

Mitte der 70er Jahre wird die 10jährige vehemente Auseinandersetzung um das schweizerische Ausländerrecht abgeschlossen. Die radikalen Ziele der nationalkonservativen Bewegungen, die das politische System der Schweiz zu Beginn der 70er Jahre paralysierten, können sich nicht durchsetzen. Dafür aber die Stabilisierungspolitik des Bundesrates, die von der Wirtschaftskrise im Jahre 1974 profitieren kann. Die Krise führt zu einer Massenauswanderung von Gastarbeitern aus der Schweiz und daher zu einer Entschärfung der Fremdarbeiterproblematik.

**Die radikalen
Ziele der national-
konservativen
Bewegung, die
die Schweiz zu
Beginn der 70er
Jahre paralysier-
ten, können sich
nicht durch-
setzen.**

Krise im Asylland Schweiz in den 80er und 90er Jahren

Seit Mitte der 80er Jahre haben wir es mit einer neuen Welle von Fremdthematisierungen zu tun, die anfänglich von Rechts-aussen-Parteien propagiert wurden und im Laufe der 90er Jahre von Bundesratsparteien kommunikativ unterfüttert am Leben gehalten wurden. Bei den thematisierten Fremden handelt es sich vorwiegend um Asylsuchende aus Ex-Jugoslawien, Sri Lanka und afrikanischen Bürgerkriegsländern. Geführt wird ein eigentlicher Notstandsdiskurs, der an die Vollzugsprobleme in der Asylpolitik anknüpft. Mit der begrifflichen Unterscheidung zwischen «echten» und «unechten»

**Problematisiert
und typisiert
werden diese
Fremdgruppen
im Kontext von
Krisenerschei-
nungen seit der
80er Jahre.**

Flüchtlingen mündet die Asyldebatte in eine kommunikative Sackgasse, die auch heute noch den Anlass einer fundamentalen Meinungsverschiedenheit darstellt. Problematisiert und typisiert werden diese Fremdgruppen im Kontext von Krisenerscheinungen seit Ende der 80er Jahre, die die politische Auseinandersetzung in der Schweiz prägen. Die Europafrage, der Skandal um die Fichenaffäre und die Infragestellung der Schweizer Armee bilden zentrale Themen, die am Kern eines konsensuell geteilten Selbstverständnisses vergangener Konjunkturzeiten nagen und das schweizerische Krisenjahrzehnt am Ende des Jahrtausends ankündigen. Einerseits gerät die Schweiz im Zuge der EU-Integration und der Etablierung des EWR in den 90er Jahren in eine Identitätskrise. Nach dem EWR-Nein von 1992 sieht sich die Schweiz zunehmend in einer isolierten Rolle im Rahmen von Staatengemeinschaften. Sie steht nicht nur in Europa im Abseits, sondern auch bezüglich der Vereinten Nationen. Andererseits kommen ihr Selbstverständnis und ihre historische Rolle als Sonderfall bezeichnenderweise nach 1989 durch die von amerikanischer Seite skandalisierten «Schatzenseiten» der Schweiz während des zweiten Weltkrieges stark ins Wanken. In dieser Identitätskrise der 90er Jahre stossen rechtsoppositionelle Bewegungen und Parteien – AUNS, SVP, Teile der FDP – wie in den 70er Jahren mit ausgrenzenden und fremdenfeindlichen Argumentationen auf einen fruchtbaren Boden. Die asylpolitische Diskussion reduziert sich vorwiegend auf einen Vollzugsdiskurs. Mit der veränderten Perzeption des Fremden – einst als Fremdarbeiter, nun als Flüchtling – verändert sich auch die Wahrnehmung in bezug auf den politischen Regulierungsbedarf. Handelte es sich in den 60er Jahren um vorwiegend wirtschaftspolitische Massnahmen, die zu einer Reduktion des Fremdarbeiterbestands beitragen sollten, bilden die Aus-

einandersetzungen über den Rechtsanspruch auf Asyl den politischen Streitpunkt, der mit einer Deutung des Missbrauchs und der Überstrapazierung des Aufnahmelandes Schweiz gekoppelt ist. Die Überlastung im asylpolitischen Vollzug bietet für die Opposition von rechts ein ideales Feld, in dem sich mittels Polarisierung und Skandalierung der Zustände und der dafür verantwortlichen Eliten mediale Resonanz erzeugen lässt und in das sich die Semantik des «Wirtschaftsflüchtlings» und des «Asylmissbrauchs» kompatibel einpassen lässt. Die «Überfremdungsproblematik» wandelt sich so zu einer «Missbrauchsproblematik», hervorgerufen durch die illegale Einreise über die «grüne Grenze», durch unkooperatives Verhalten im Asylverfahren und durch kriminelle Handlungen ausländischer Personen oder Gruppen in der Schweiz. Im Rahmen dieser «Missbrauchs»-Perspektive wird unter dem Druck rechtsoppositioneller Initiativbegehren das Asylgesetz durch diverse Revisionen in den Jahren 1986, 1990 und 1999 und durch verschiedene dringliche Bundesbeschlüsse laufend verschärft. Im Jahre 1994 werden zudem die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht vom Souverän angenommen. Im Gegensatz dazu bleiben der konkrete Alltag der Fremden in der Schweiz bzw. Integrations- und Assimilationsfragen in der öffentlichen Diskussion unvertreten. Dies geht einher mit einer geringen medialen Resonanzfähigkeit von kirchlichen Kreisen, entwicklungs- und asylpolitischen Organisationen sowie links politisierenden Gruppierungen, die sich auf diesem Feld kommunikativ betätigen. Die Aspekte des Arbeitsmarktes spielen für die asylpolitische Diskussion der 90er Jahre kaum noch eine Rolle. Die Idee, die asylpolitische Situation teilweise über die Öffnung des Arbeitsmarktes zu entschärfen, ist nur auf wenig öffentliche Resonanz gestossen.

Neue Fremdbilder nach dem Wegfall des Kommunismus

Wer sind nun aber diese Fremden, die zu einem innenpolitischen Problem werden? Und in welchem Kontext werden sie thematisiert? In der öffentlichen Diskussion der 90er Jahre kristallisieren sich verschiedene Fremdgruppen heraus, die als Ethnien wahrgenommen werden und einer negativen Typisierung unterliegen. Für alle konkret thematisierten Fremdgruppen stellt sich die Frage nach der Schutzgewährung in der traditionell humanitären Schweiz und der Möglichkeit ihrer Rückkehr. Dennoch unterliegen sie negativen Typisierungen, die ihr Recht auf Asyl in Frage zu stellen scheinen.

Hauptsächlich werden die Fremden aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien thematisiert. Sie erscheinen im Bild der Medien zum einen pointiert als Flüchtlinge, deren Schutz, aber auch Rückkehr garantiert werden muss. Negativ wahrgenommen werden zum anderen die Gruppen der Albaner bzw. Kosovo-Albaner, die mit der albanischen Mafia auf dem Drogenmarkt assoziiert werden. Immer wieder taucht in den Medien aber auch die diffuse Kategorie der Jugoslawen als Negativtyp im Zusammenhang mit Gewaltverbrechen auf. So dominieren die «Schlafzimmerräuber» in den Jahren 1992 und 1993 die sommerlichen Boulevardspalten als potentielle Bedrohung für das Eigenheim jeder Schweizerin und jedes Schweizers. In weit geringerem Masse werden aussereuropäische Fremdgruppen thematisiert. Sie alle stammen aus Kriegsgebieten oder Staaten mit totalitären Regimes. Auch bei den Tamilen aus Sri Lanka ist die Frage nach der Verhältnismässigkeit von Rückschaffungen zentral. Die noch in den 80er Jahren pointierte Typisierung als «Heroin-Tamilen» veränderte sich zwischenzeitlich und hat zu

zwei verschiedenen Wahrnehmungen geführt. Einerseits werden die im schweizerischen Arbeitsmarkt integrierten Tamilen aufgrund ihrer «Anpassungsfähigkeit» für die Schweiz als unverzichtbar gepriesen. Andererseits geraten die politischen Agitatoren der Tamil Tigers ins Blickfeld, die ihren Befreiungskampf aus Sri Lanka in die Schweiz tragen, so wird befürchtet. Vereinzelt nur scheinen im Verlauf der 90er Jahre Flüchtlinge aus Somalia und Ruanda und Regimegegner aus dem Irak und Algerien in der öffentlichen Diskussion auf. Im Kontext dieser Thematisierungen werden islamische Fundamentalisten und flüchtige Kriegsverbrecher in der Schweiz als neue unerwünschte Fremde fokussiert.

Die Fremdgruppe aus Italien spielt in der Diskussion der 90er Jahre nur noch eine marginale Rolle. Die einstige kulturelle Distanz wird von der Bevölkerung mittlerweile als bereichernde Vielfalt im Schweizer Alltag geschätzt. Als Gefahr für den einheimischen Arbeitsmarkt wird nun das «gesichtslose» Fremde aus dem europäischen Raum im Rahmen der bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU – «freier Personenverkehr» – thematisiert. Im Gegensatz zur Gefahr der Fremdarbeiter aus Italien wird in dieser Neuauflage jedoch kein spezifisches Herkunftsland spezifiziert, so dass die Bedrohung durch das andere diffus bleibt.

Esther Kamber und Mario Schranz sind Mitarbeitende im Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft des Soziologischen Institutes der Universität Zürich. Der Artikel basiert auf einer Untersuchung, die im Rahmen des Projektes «Das Fremde in der Schweiz» am Soziologischen Institut durchgeführt wurde.